Sowjetisch-französischer Nichtangriffspakt vor der Unterzeichnung

Die französische Regierung hat beschlossen, am morgigen Dienstag durch den Ministerpräsidenten Herriot die Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Nichtangriffspaktes vorzunehmen. Von sowjetischer Seite wird der Sowjetbotschafter in Paris den Pakt unterzeichnen.

Der Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Frankreich stellt neben dem Abschluß des polnischen Nichtangriffspaktes den größten Erfolg der Sowjetfriedenspolitik in der letzten Zeit dar. Die Tatsache allein, daß der französische Imperialismus, der auch heute noch an der Spitze der sowjetfeindlichen Kriegstreibereien steht, gezwungen ist, mit der Sowjetunion den Nichtangriffsvertrag abzuschließen, ist ein Beweis dafür, wie ungeheuer sich die Stellung des proletarischen Staates gefestigt hat, während gleichzeitig alle kapitalistischen Staaten im Verfolg der Weltwirtschaftskrise in immer größere außenpolitische Schwierigkeiten hineingerieten.

Der Nichtangriffspakt geht auf eine Anregung der Sowjetregierung zurück, die bereits im Jahre 1930 übernommen wurde. Damals wurden die Vorschläge der Sowjetregierung noch vom französischen Imperialismus zurückgewiesen und Frankreich verhinderte auch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Polen. Inzwischen aber haben sich die Schwierigkeiten des imperialistischen Frankreichs gewaltig gesteigert, der französische Kapitalismus ist ebenfalls mit voller Wucht von der Weltwirtschaftskrise gepackt worden. Er sucht nach Absatz für seine Industrieprodukte. Es gibt aber nur ein Land, das imstande ist, immer neue Aufträge und Bestellungen zu vergeben: das ist die Sowjetunion! Und so mußte sich der französische Imperialismus dazu entschließen, den Vorschlag der Sowjetregierung anzunehmen. Daß der französische Imperialismus seine sowjetfeindlichen Pläne mit dem Abschluß des Nichtangriffspaktes nicht aufgibt, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Der sowjetisch-französische Vertrag ist gegen keinen anderen Staat gerichtet. In der Sowjetpresse wird ausdrücklich betont, daß der Vertrag die deutsch-sowjetischen Beziehungen in keiner Weise berührt. Die Arbeiter aller Länder begrüßen den Abschluß dieses neuen Nichtangriffsvertrages der Sowjetunion als einen Beweis der beharrlichen Friedenspolitik ihres sozialistischen Vaterlandes, die im Interesse der Werktätigen der ganzen Welt liegt.

★

Moskau, 27. November. Das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion hat den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Polen, der am 25. Juli 1932 in Moskau unterzeichnet worden war, und die Schlichtungskonvention, die am 26. November 1932 unterzeichnet worden war, ratifiziert.

Vormarsch der chinesischen Roten Armee

Grauenvoller Terror der Kuomintang-Henker gegen die Arbeiterschaft

Peiping, 27. November. „United Preß" meldet, daß der Gouverneur der Schansi-Provinz von Tschangkaischek militärische Verstärkung gegen die Vierte Chinesische Rote Armee anforderte, die in einer Stärke von 35 000 Mann, unterstützt durch die gesamte werktätige Bevölkerung, die Grenzen der Provinz erreicht hat und sich auf dem Vormarsch befindet.

Gleichzeitig werden neue Bluttaten der Kuomintang-Henker gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern gemeldet. In Peiping wurden zahlreiche Arbeiter standrechtlich ermordet, weil sie im Verdacht standen, Kommunisten zu sein. Durch die Erfolge der Revolution in Schrecken versetzt, wütet die Kuomintang-Clique mit unerhörter Grausamkeit gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern, während sie gleichzeitig das Volk den Imperialisten ausliefert.

Charbin, 27. November. In dem Eisenbahnknotenpunkt Charbin kam es zu großen Demonstrationen entlassener Eisenbahnangestellter vor dem Gebäude der ostmandschurischen Eisenbahn, die unter japanischer Verwaltung steht. Die Eisenbahner verlangten die Auszahlung ihrer Pension. Die japanischen Behörden boten Polizei, Kavallerie und Tanks auf, um gegen die demonstrierenden Eisenbahner vorzugehen.

Kommunistischer Wahlerfolg in Belgien

Kommunistische Stimmenzahl mehr als verdreifacht — Weitere Radikalisierung der belgischen Arbeiterschaft im Zeichen der Verschärfung der Wirtschaftskrise

Brüssel, 27. November. Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zur belgischen Kammer haben einen großen Erfolg der Kommunisten gebracht. Obwohl infolge des außerordentlich komplizierten Berechnungssystems in Belgien die Stimmenzahlen der Parteien bis zur Stunde noch nicht vollständig vorliegen, so kann doch jetzt bereits gesagt werden, daß die kommunistischen Stimmen sich gegenüber 1929 mehr als verdreifacht haben. Die Verteilung der Mandate dürfte nach bisherigen Schätzungen etwa folgendermaßen aussehen (in Klammern die Zahlen von 1929):

Kommunisten 3 (1), Sozialdemokraten 73 (70), Katholiken 80 (76), Liberale 23 (28), flämische Nationalisten 8 (10).

Die Kommunistische Partei hat besonders in den ausgesprochenen Arbeiterbezirken von Lüttich, Charleroi und Gent stark zugenommen. Aber auch in dem von Deutschland abgetrennten Gebiet Eupen-Malmedy haben die Kommunisten große Erfolge zu verzeichnen, wenn sie auch in diesem ländlichen Gebiet zahlenmäßig nicht so stark sind. Die Kommunisten haben in Eupen-Malmedy ihre Stimmen von 73 im Jahre 1929 auf 333 steigern können, während die Sozialdemokraten von 2165 auf 2006 zurückgegangen sind.

Die belgischen Kammerwahlen standen im Zeichen der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Radikalisierung der Arbeiterschaft. Unter den Schlägen des belgischen Bergarbeiterstreiks und im Zeichen der wachsenden Schwierigkeiten der belgischen Bourgeoisie, einen Ausweg aus der Krise zu finden, wurde die belgische Kammer durch die katholische Regierung Broqueville aufgelöst, nachdem vorher das Kabinett Renkin gestürzt worden war. Die Auflösung der Kammer war zugleich ein taktischer Schachzug der Bourgeoisie, die mit Hilfe der Wahlen ihren Raubzug gegen die Arbeiterschaft durchführen will. Die Sozialdemokratie, die den großen Bergarbeiterstreik erdolcht hat und die Kumpels den Lohnräubern ausgeliefert, entfaltete alle Mittel der Demagogie, um von ihrem Verrat abzulenken. Es ist zum Beispiel bezeichnend, daß sie sich gegen die Zollpolitik der Regierung wandte, während sie in Wirklichkeit selbst die Kontingentierung der Kohleneinfuhr gefordert hat. Die „Kölnische Zeitung" konnte mit Recht schreiben, daß es in keiner belgischen Partei soviel Millionäre gebe, wie in der Sozialdemokratischen Partei Belgiens. Es gelang jedoch der Sozialdemokratie, unter der Arbeiterschaft erneut durch ihre demagogische Scheinopposition Illusionen zu erwecken und neue Stimmen zu gewinnen.

Die Kommunistische Partei führte den Wahlkampf im Zeichen des außerparlamentarischen Kampfes für die Tagesforderungen der Arbeiter, des Kampfes gegen jeden Lohnraub, gegen die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Die Kommunistische Partei rief die Arbeiter zum Kampf gegen den räuberischen Vertrag von Versailles, für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des flämischen Volkes, der Bevölkerung von Eupen-Malmedy, der Völker des Kongo und für das enge Kampfbündnis mit dem Proletariat Deutschlands und Frankreichs. Die Kommunistische Partei macht den Arbeitern keine Versprechungen, sondern erklärte: „Um diese Forderungen durchzusetzen, kämpft mit der Kommunistischen Partei, formiert überall in den Betrieben und auf den Arbeitsbörsen eure kämpfende Einheitsfront!"

Hungermarsch in USA.

Schwere Kämpfe zwischen Arbeitslosen und Polizei in Mineapolis

New York, 27. November. Der Hungermarsch der Arbeitslosen auf Washington hat sich in allen Staaten der USA. in Bewegung gesetzt. Viele Tausende von Arbeitslosen ziehen auf den Landstraßen unter Mitführung von roten Fahnen und revolutionären Transparenten, überall von den Arbeitslosen und der werktätigen Bevölkerung stürmisch begrüßt und bewirtet. Ueberall schließen sich hunderte von Arbeitslosen dem Hungermarsch an. In mehreren Städten kam es bereits zu schweren Zusammenstößen zwischen den Arbeitslosen und der Polizei.

Als der Hungermarsch in Mineapolis eintraf, wurde eine große Arbeitslosendemonstration organisiert, an der sich mehr als 5000 Arbeitslose beteiligten. Die Polizei ritt wütende Attacken gegen die Demonstration, die Demonstranten setzten sich entschlossen zur Wehr. 12 Polizeibeamte und zahlreiche Arbeiter wurden verletzt, 18 Arbeiter verhaftet.

Auch in Cleveland fand eine große Arbeitslosendemonstration statt. Der Bürgermeister ließ den Erwerbslosenausschuß verhaften. Ein Angriff der Polizei auf die Demonstranten wurde von den Arbeitern zurückgeschlagen.

In Boston erzwang eine Demonstration von vielen Tausenden Arbeitslosen die unentgeltliche Verteilung von Kohlen und die Ueberlassung der städtischen Versammlungsräume an die Arbeitslosen. In Milwaukee demonstrierten 4000, in St. Paul 1000 und in Baltimore 2000 Arbeitslose.

In Chicago fand eine Massendemonstration der ehemaligen Kriegsteilnehmer statt, unter deren Druck die Gemeindeverwaltung zusagte, die Teilnehmer am Hungermarsch der Kriegsteilnehmer zu verpflegen und zu beherbergen.

Arbeitslosendemonstration in Budapest

Budapest, 27. November. Trotz des unerhörten Polizeiterrors in der Hauptstadt des faschistischen Ungarns, fand gestern vor der Staatlichen Arbeitsvermittlungsstelle im 8. Bezirk eine große Arbeitslosendemonstration statt. Die Arbeitslosen zogen unter Losungen für ihre Tagesforderungen zur Rakocza-Straße, wo die Regierungsgebäude liegen. Dort stellte sich ihnen ein größeres Polizeiaufgebot entgegen, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam. Ein Arbeiter mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden; fünf Demonstranten wurden verhaftet.

Bewaffnete Bauernaufstände in Indien

Bombay, 27. November. Im indischen Staate Ajmer ist vor einigen Tagen bereits ein bewaffneter Bauernaufstand gegen den Maharadscha von Ajmer ausgebrochen. Der Aufstand richtet sich in erster Linie gegen die Eintreibung der drückenden Landsteuern. Mohammedanische und Hindu-Bauern kämpfen Seite an Seite gegen die Truppen des Maharadscha, der sich an den englischen Generalgouverneur von Radschputana um Verstärkung durch englische Soldaten gewandt hat. Die Lage ist für die Unterdrücker der indischen Bauern außerordentlich bedrohlich, da der Aufstand fast das ganze Land ergriffen hat und in der Stadt Dhamuker schwere Kämpfe toben, wobei die Bauern die Straßen aufreißen und Barrikaden bauen.

Illustration

ILLEGAL

Die alte Bolschewikin erzählt aus seinem Leben

49. Fortsetzung.

Den Glorienschein einer revolutionären Stadt bekam Odessa im Jahre 1905 nicht durch seine eigenen revolutionären Kräfte, sondern durch die zufällige Ankunft des meuternden Panzerkreuzers „Potjomkin". Es ist bekannt, daß die revolutionären Organisationen Odessas nicht genügend stark waren, diesen mächtigen revolutionären Verbündeten rechtzeitig zur Eroberung Odessas, zur Organisierung eines Aufstandes der gesamten Schwarzen-Meer-Flotte, zur Besetzung des ganzen Ufergebietes des Schwarzen Meeres und zur Ausrufung einer südrussischen demokratischen Republik auszunützen.

Die Resolution des 3. Kongresses unserer Partei über die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand wurde im Mai 1905 angenommen.

Daß sie zeitgemäß war, bewies sich bereits im Juni sogar bei den rechten menschewistischen Organisationen, wie es die Sjewastopoljer war, noch mehr aber bei den Matrosen der Schwarzen-Meer-Flotte. Wenn wir die außerordentlich günstigen Bedingungen, die damals schon an die Tür pochenden Revolution und die Möglichkeiten, die die Menschewiken in Sjewastopol hatten, betrachten, so wird uns die verräterische Rolle klar, die die Menschewiken im Jahre 1905 spielten; als die Geschichte ihnen eine noch nie dagewesene Gelegenheit in die Hand gab, sie aber diese Gelegenheit bewußt nicht ausnützen wollten.

Das Buch des Menschewikenführer Martow (Geschichte der RSDRP., S. 114), beweist, daß sie 1905 die Initiative zum allgemeinen Angriff gegen die Regierung gar nicht ergreifen wollten und folglich die Machteroberung unterbinden, trotzdem der Aufschwung der revolutionären Bewegung im Kaukasus, in Grusien, in Sjewastopol, in der Schwarzen-Meer-Flotte und damit auch in Odessa ihnen die volle Möglichkeit bot, die Revolution in Südrußland siegreich durchzuführen.

Das Abschwenken fast der ganzen marxistischen Intelligenz nach dem 2. Parteikongreß auf die Seite der Menschewiken — die Geldmittel, über die sie viel reichlicher verfügten als die Bolschewiken, die Ausdehnung ihres Einflusses auf solche Städte, wie Sjewastopol, das so einen Sprengstoff in sich trug, wie die Matrosen es damals waren: all das hätte den Menschewiken ermöglicht, eine revolutionäre Bewegung im breitesten Umfang zu entwickeln. In Wirklichkeit aber wurde der Aufschwung der Bewegung von den Menschewiken mit Absicht gedämpft, zurückgeschraubt und zunichte gemacht. Das geschah Anfang Juni 1905 in Sjewastopol und damit im Zusammenhang auch in Odessa.

Die revolutionäre Bewegung der Schwarzen-Meer-Flotte im Jahre 1905 war Anschauungsunterricht für die Richtigkeit der These Lenins, laut der die treibende Kraft der russischen Revolution nicht die Bourgeoisie sein wird, wie das in der großen französischen Revolution gewesen ist und wie es unsere Menschewiken fälschlich gemeint haben, sondern das Bündnis der Arbeiter und Bauern. Die Besatzung des Panzerkreuzers bestand aus einem Drittel von Arbeitern — meistens Metallarbeitern — und zwei Drittel Bauern. Ebenso wie der Aufenthalt im Ausland, besonders der Aufenthalt in Paris seinerzeit, unter Alexander I., die Offiziere revolutionierend beeinflußte, beeinflußten die langen Seefahrten ins Ausland in noch viel größerem Maße die Matrosen. Das bunte Leben in den freien Ländern Westeuropas erschien ihnen im Vergleich mit dem Leben in Rußland wie ein Märchen. Die Willkür und die Gewalttätigkeit der adligen Offiziere, die kasernenmäßige Unterdrückung, der mißglückte Krieg im Fernen Osten, besonders aber die Vernichtung der beiden Geschwader der russischen Kriegsflotte, die unter dem Kommando der Admirale Rschdjestwjenskij und Nebogatow standen, der Kampf zwischen dem 14. und 15. Mai 1905, wo in der Nähe der Insel Tsushima der japanische Admiral Togo im Laufe einiger Stunden die mit Kohle überladenen, weiß angestrichenen Kriegsschiffe des Geschwaders Rschdjestwjenskijs, die durch ihre Farbe eine gängende Zielscheibe für die japanische Artillerie bildeten, zum Sinken brachte und das Geschwader Nebogatows kampflos gefangen nahm, der Untergang von achttausend russischen Matrosen — all das wirkte sich außerordentlich revolutionierend auf die Matrosen der Schwarzen-Meer-Flotte aus. Die fortschrittlichen Matrosen hatten nicht die geringste Achtung für die Admirale, die Schiffskommandanten und Offiziere, sie verachteten sie bloß und waren geneigt, in allen von ihnen bisherigen Dummköpfe zu sehen, die englische Fischerboote am Ufer Englands für japanische Minenleger hielten. Die Stimmung der fortschrittlichen Matrosen übertrug sich stets auf die ganze Matrosenmasse. Die revolutionäre Stimmung der Matrosen brodelte wie Dampf in einem Kessel und suchte einen Ausweg. Die bolschewistische Resolution des 3. Kongresses der Partei über die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes drang trotz allen menschewistischen Vorsichtsmaßregeln unter die Matrosen und die sozialdemokratischen Matrosen begannen sich eifrig zum bewaffneten Aufstand vorzubereiten.

Dabei spielte sich die Sache so ab, daß die Matrosen der Schwarzen-Meer-Flotte sich die Losung der Bolschewiken aneigneten, organisatorisch aber bei den Menschewiken blieben. Dieser Zustand war übrigens im Jahre 1905 auch in anderen Orten Südrußlands während der Revolution zu beobachten.

Das Sjewastopoljer Komitee, das der revolutionären Stimmung der Matrosen Rechnung tragen mußte, war sogar gezwungen, über den Plan des bewaffneten Aufstandes zu diskutieren, der im Juni 1905, wo das ganze Schwarze-Meer-Geschwader im Golf der Insel Tendra manövrierte, zum Ausbruch kommen sollte. Die Menschewiken blieben ihrer Taktik treu, die Initiative in einer so ernsten Sache nicht auf sich zu nehmen und, trotzdem die bevollmächtigten Matrosen des „Potjomkin" in einem Brief an das Sjewastopoljer Komitee baten, gleich in den ersten Tagen der Manöver das Signal zum Aufstand zu geben, setzten sie es in einer Beratung mit dem ZK. des Matrosenrates durch, daß ein Beschluß gefaßt wurde, demzufolge der Aufstand bis zur Beendigung der Manöver im Golf der Insel Tendra aufgeschoben und der dortige Aufenthalt der Flotte für verstärkte Propaganda ausgenützt werden müsse.

Die Vorbereitung des Aufstandes der Schwarzen-Meer-Flotte hätte aber auch die Vorbereitung der Bestergreifung des ganzen Schwarzen-Meer-Ufergebiets hervorgerufen. Odessa und der Kaukasus — in Grusien hatten die Bauern die Macht in den Dörfern tatsächlich schon in die Hand genommen — hätten sich selbstverständlich dieser Aktion anschließen müssen. Wäre es alle den Sjewastopoljer Menschewiken erklärlich daran gelegen gewesen, nach Beendigung der Manöver vor Tendra den Aufstand durchzuführen, so hätten sie doch zumindest ihre menschewistischen Organisationen in Odessa und den anderen Hafenstädten des Schwarzen Meeres alarmieren müssen, da doch ein siegreicher Aufstand der Schwarzen-Meer-Flotte die Errichtung einer südrussischen demokratischen Republik bedeutet hätte.

(Fortsetzung folgt)